

Die Wählermobilität – Spiegel für den Wandel der Gesellschaft

Vom Ende der loyalen Anhängerschaft und dem Anstieg der Nichtwähler

Die Wähler sind mobil geworden. Sie gelten als unberechenbar, egoistisch, launisch, aber auch als empfänglich gegenüber den Lockrufen populistischer Alternativen. Vorbei sind die Zeiten langfristig loyaler Parteianhängerschaften. Die Mobilität der Wähler gehört zum politischen System der heutigen Bundesrepublik und ist das Ergebnis massiver Veränderungen, die sich in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten abgespielt haben.

von **Sigrid Roßteutscher**

Die Wähler »von heute« schauen sich das politische Angebot lange an, um womöglich erst an der Wahlurne zu entscheiden, welcher Partei ihre Stimme gehört. Sind sie mit ihrer Entscheidung im Nachhinein unzufrieden, wechseln sie beim nächsten Mal ohne großes Bedauern die Partei oder bleiben schlicht zu Hause. So wird das Ergebnis von Wahlen für die konkurrierenden Parteien, aber auch für die auf Wahlprognosen spezialisierten Demoskopen immer schwerer vorhersehbar. In der politischen Debatte wird diese Entwicklung eher mit negativen Vorzeichen versehen. Gerne wird dann auch eine bedrohliche Situation für die Überlebenschancen der repräsentativen Demokratie in Deutschland diagnostiziert. Im Folgenden steht allerdings die Diagnose der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse im Mittelpunkt.

Das Mediensystem: Politik lässt sich leichter ausblenden als früher

Die Medien- und Informationsumwelt der Bürger hat sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv verändert. Die Entwicklung lässt sich mit zwei parallel laufenden Trends beschreiben: Die Anzahl der Angebote hat sich extrem vergrößert und auch die Art Informa-

tionen. Am Beispiel des Fernsehens lässt sich der Anstieg an Quantität beispielhaft zeigen: Ab den 1950er Jahren setzte allmählich der Siegeszug des Fernsehens ein, das sich zunehmend als Leitmedium gegenüber Presse und Radio durchsetzen konnte. Zunächst gab es nur das Angebot der ARD, 1961 kam als zweite öffentlich-rechtliche Anstalt das ZDF hinzu. Alle Bürger, die im Besitz eines Fernsehapparates waren, empfingen relativ gleichgerichtete und zeitgleich gesendete politische Informationen – ob in der »Tagesschau« oder bei »Heute«. Zudem war die Wahrscheinlichkeit, dass politische Nachrichtensendungen konsumiert wurden, extrem hoch, da oft zeitgleich in beiden Programmen Informationssendungen angeboten wurden. Dem konnten sich die Bürger nur entziehen, wenn sie den Fernseher ausschalteten, was wegen der Faszination dieses neuen Mediums eher unwahrscheinlich war. Während bis Anfang der 1980er Jahre der quantitative Anstieg an Senderauswahl nur sehr graduell war, vermehrte sich im Zuge der Liberalisierung des Medienmarktes ab 1990 die Zahl der frei empfänglichen privaten Fernsehkanäle explosionsartig.

Parallel erfolgte eine Diversifizierung der Medien- und Informationslandschaft. Der Siegeszug des Internets und World Wide Web sowie die Verbreitung unterschiedlicher »social media« erhöhten das potenzielle Angebot nochmals drastisch. Aus politischer Sicht haben diese Veränderungen der Medien- und Informationsumwelt zwei signifikante Folgen: Einerseits erhöht sich, bei Konsum vieler Medien, die Rezeption

Die Zeiten der Bonner Republik mit einem stabilen Drei-Parteien-System sind Geschichte. Bei der Bundestagswahl 2013 schaffte es die FDP auch mit ihrer Zweistimmen-Kampagne nicht in den neuen Bundestag.



unterschiedlicher, möglicherweise auch widersprüchlicher Botschaften. Die politischen Signale, die Bürger aus den Medien empfangen, sind somit weniger homogen und damit potenziell auch schwieriger einzuordnen und zu bewerten, als dies für lange Zeit der Fall war. Außerdem können Bürger, die sich nicht für Politik interessieren, intensiv andere Angebote in den vielfältigen Medien nutzen und Politik ausblenden. Unsere Medien- und Informationsumwelt ist also sowohl komplexer als auch politikferner geworden.

Bildungsexpansion: Selbstbewusstsein der Bürger gegenüber Politikern wächst

Auch das Bildungssystem hat massive Veränderungen erfahren. Während bis in die 1970er Jahre ein Hauptschulabschluss als Regel- und Normalabschluss galt und nur Minderheiten der Gesellschaft höhere Schullaufbahnen einschlugen, kam es im Zuge der Bildungsexpansion zum Siegeszug des Gymnasiums. So hatten zu Beginn der 1980er Jahre fast 70 Prozent der westdeutschen Bevölkerung maximal einen Hauptschulabschluss. Im Verlauf der nächsten drei Jahrzehnte nimmt die Häufigkeit niedriger Bildungsabschlüsse sukzessiv, aber kontinuierlich ab, während mittlere und vor allem höhere Abschlüsse (Abitur) massive Zuwächse erfahren. ■

Politikwissenschaftler zogen aus dem extrem ansteigenden Bildungsniveau weitgehende Schlussfolgerungen. Die wohl bekannteste These der »kognitiven Mobilisierung« (siehe zum Beispiel Inglehart 1990; Dalton 2000) prognostiziert, dass die Bürger weniger auf Signale und Empfehlungen aus den etablierten politischen Parteien angewiesen seien und keine Übersetzungs- oder Interpretationshilfen von politischen Experten benötigten. Das politische Verhalten der Bürger und ihr Verhältnis zu traditionellen Parteien verändere sich durch die wachsenden politischen Kompetenzen der Bürger grundlegend. Während der Anstieg des Bildungsniveaus eine Tatsache ist, lassen sich allerdings keine empirischen Befunde dafür finden, dass die Bürger tatsächlich politisch kompetenter werden. Im Gegenteil: Das Wissen um politische Sachverhalten ist seit den 1950er Jahren bis heute erstaunlich konstant geblieben.

Im Zuge der Bildungsexpansion löste sich hingegen allmählich der enge Zusammenhang von (hoher) Bildung und Geschlecht, da Mädchen zunehmend und erfolgreich höhere Bildungswege einschlugen. Damit stiegen bei den Frauen das politische Interesse und der Anspruch auf angemessene Vertretung im politischen System.

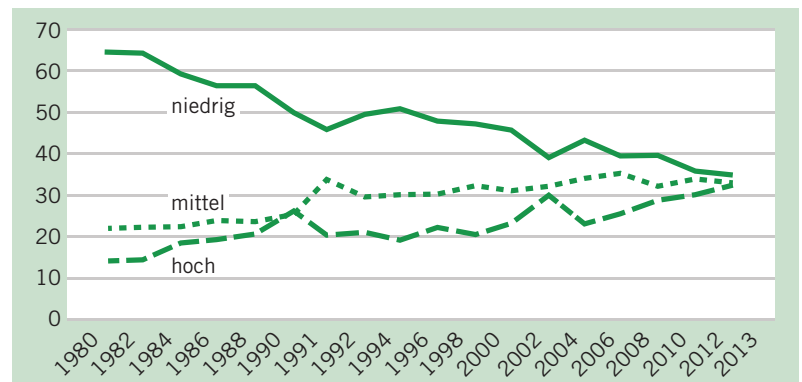
Sozialer Wandel führt zur Erosion traditioneller politischer Milieus

Auch sozialstrukturelle Veränderungen tragen zur Erosion traditioneller politischer Milieus bei, die über lange Zeit das Rückgrat der etablierten Parteien bildeten. Klassische Arbeiterberufe verschwinden – und damit auch die Kernklientel der Gewerkschaften und der SPD. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums schrumpft der Anteil der kirchlich gebundenen Wählerschichten, die traditionell das Kernsegment von CDU und CSU stellten. Der Anteil der gewerkschaftlich gebundenen Arbeitnehmer unter den abhängig Beschäftigten in Deutschland hat sich von fast 45 Pro-

zent in den 1950er Jahren auf etwas über 15 Prozent im Jahr 2010 reduziert. Dabei erfolgte der stärkste Rückgang in den 1990er Jahren. Berechnet auf die Gesamtbevölkerung insgesamt, sind die Zahlen noch dramatischer. Der Anteil der Arbeiter mit Gewerkschaftsbindung liegt bei knapp über 5 Prozent.

Nicht viel anders gestaltet sich die Situation für die Kernklientel von CDU/CSU. Waren in den 1950er und 1960er Jahren noch fast 90 Prozent der Westdeutschen Mitglied einer christlichen Kirche (knapp die Hälfte katholisch), so reduziert sich ihr Anteil zum Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts auf unter 60 Prozent. Parallel verläuft der Schwund im katholischen Kernmilieu, dem ehemals zentralen Reservoir der christdemokratischen Partei. Zwischen 1980 und 2010

■ Entwicklung der sekundären Bildungsabschlüsse: Besonders die Zahl der Abiturienten hat seit den 1980ern massiv zugenommen. (Quelle: ALLBUS 1980–2010, ALLBUS 2012)



fällt der Anteil der kirchengebundenen Katholiken, also der Katholiken, die mindestens einmal im Monat die Kirche besuchen, von circa 20 auf circa 10 Prozent. Nach der Wiedervereinigung verstärkt sich der Säkularisierungsprozess weiter und hält ungebrochen an.

Verwirrung bei Bürgern: Europa, Bund oder Land – wer trägt für was Verantwortung?

Die Vereinigung der beiden über vier Jahrzehnte getrennten deutschen Teilstaaten führte zudem dazu, dass Bürger, die völlig unterschiedlich politisch sozialisiert wurden, nun gemeinsam ein von westdeutschen Bedingungen geprägtes politisches System tragen mussten. Ostdeutsche hatten zwangsläufig geringere Bindungen an die alten Westparteien, neigten sehr viel stärker zur Nichtwahl und zum Parteiwechsel als westdeutsche Bürger und brachten somit ein weiteres Stück Unberechenbarkeit und Mobilität in das politische Gefüge.

Wahlkampf 1965 zwischen den Spitzenkandidaten Ludwig Erhard und Willy Brandt. Trotz starker Stimmenverluste der FDP konnte Erhard die Koalition mit den Liberalen fortsetzen. Die SPD ging als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Die Splitterparteien spielten für die Mandatsverteilung keine Rolle und blieben weit unter der Fünf-Prozent-Hürde.



Das waren noch Zeiten, als sich die Familie abends um 20 Uhr zur Tagesschau vor dem Fernseher versammelte. Karl-Heinz Köpcke – er war von 1959 bis 1987 Nachrichtensprecher beim Ersten – nannten sie schon bald wegen seines stets korrekten und seriösen Auftretens Mr. Tagesschau.



Auch wenn Deutschland bisher weit weniger direkt von der europäischen Finanzkrise betroffen ist, so steigen doch bei vielen Bürgern die Zweifel an der Kompetenz der Parteien, die Probleme lösen zu können. Auch für politisch versierte Bürger wird es zunehmend schwieriger zu erkennen, auf welcher Ebene – Europa, Bund oder Land – überhaupt Verantwortungen und damit auch die nötigen Kompetenzen zu verorten sind.

Fragmentierung des Parteiensystems

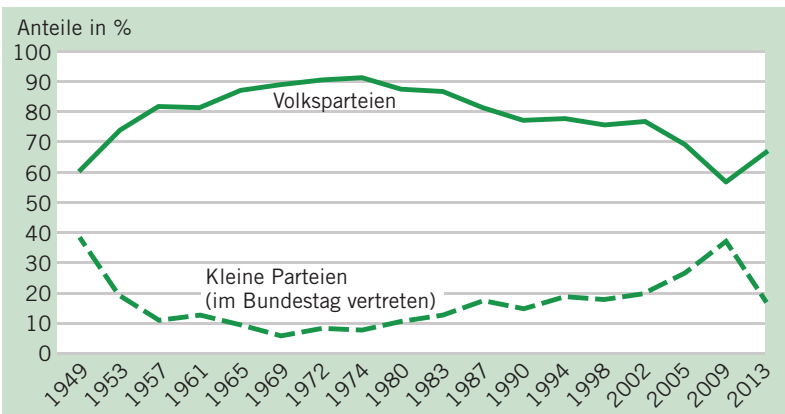
Die skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen hinterließen Spuren im politischen Koordinatensystem. In der frühen Phase der Bundesrepublik gab es zunächst noch viele kleinere Parteien, die entweder verschwanden oder von den Großparteien absor-

biert werden konnten. Ende der 1960er Jahre ist dieser Prozess abgeschlossen, und CDU/CSU und SPD gemeinsam vereinen auf sich 90 Prozent der Wahlberechtigten. Die 1970er Jahre sind die Königsjahre der Volksparteien. Sie binden fast die gesamte Gesellschaft, und der Nichtwähleranteil ist minimal.

Lange Zeit prägte das »Zweieinhalb-Parteiensystem« die Bundesrepublik: Die beiden »Volksparteien« CDU/CSU und SPD stellen den Kanzler, die FDP spielte die Rolle des sprichwörtlichen »Zünglein an der Waage« und entschied, welche Koalition mit ihr die Regierung stellte. Im Kontext von Säkularisierungsprozessen, Bildungsexpansion, Emanzipation, Wertewandel und der Erfahrung der neuen sozialen Bewegungen etablierten sich seit Anfang der 1980er Jahre die Grü-



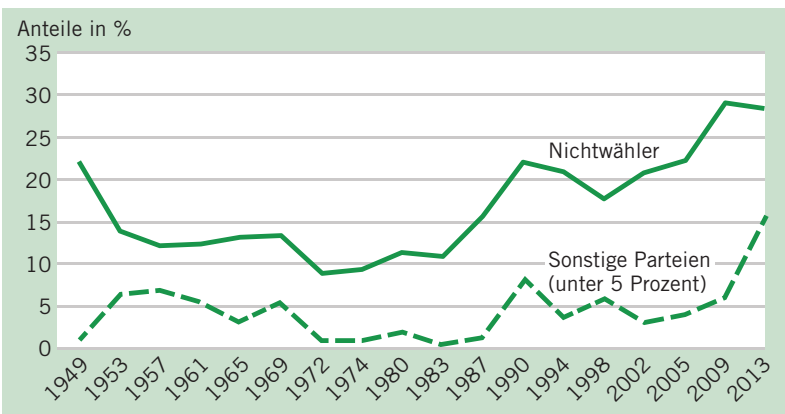
Die Linke, vormals SED und PDS, trug nachhaltig zur Regionalisierung des deutschen Parteiensystems bei; sie hat bis heute ihre Kernklientel in den ostdeutschen Bundesländern.



■ Schwindende Bindungskraft der großen Volksparteien. SPD und CDU verlieren im Laufe der Jahre ihre Stammwähler.

nen als vierte Kraft im deutschen Parteiensystem. Nun standen sich zwei Lager gegenüber und konkurrierten um die Regierungsmacht: CDU/CSU und FDP auf der einen Seite, SPD und Grüne auf der anderen.

Im Zuge der deutschen Vereinigung entstand aus der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei (SED) die PDS, die sich später als Linkspartei neu formierte und bis heute ihr Kernklientel auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hat. Die Linkspartei trug nachhaltig zur Regionalisierung des deutschen Parteiensystems bei. Die allmähliche Etablierung der Grünen und dann der Linkspartei führte zu einem graduellen Zuwachs der kleinen Parteien auf Kosten der Großparteien. ■ Ob der erstaunliche Zuwachs der »Großen« bei der diesjährigen Bundestagswahl eine Trendumkehr signalisiert oder eher einmaliger Ausreißer ist, bleibt abzuwarten.



■ Nichtwähler und die kleinen Parteien. Die Zahl der Nichtwähler ist kontinuierlich angestiegen. Zu beobachten ist auch, dass die Anzahl der kleinen Parteien, die die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen, angewachsen ist, was auch ein Indiz für die steigende Fragmentierung des Parteiensystems ist.

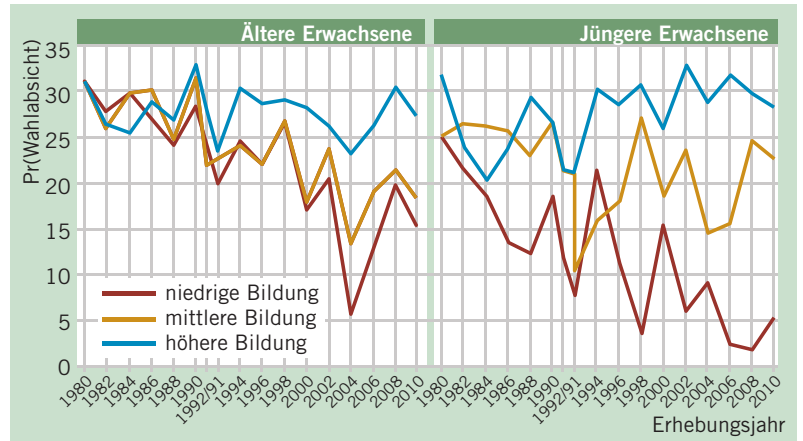
Bundestagswahl 2013: Strategisches Wahlverhalten

Die neue Mobilität der Parteienlandschaft lässt sich auch an den Ergebnissen der jüngsten Bundestagswahl 2013 eindrucksvoll demonstrieren. Selbst eine Partei wie die FDP, die das Schicksal der deutschen Politik über sehr lange Zeit nachhaltig mitbestimmt hat, konnte sich ihrer Vertretung im Bundestag nicht sicher sein. Zwar schafften Piraten und »Alternative für Deutschland« (AfD) nicht den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, doch zeigt sich, dass weitere Parteien sich zumindest kurzfristig etablieren können. Mit dem Auftritt weiterer Parteien wird das Parteienangebot für die Wähler nicht nur vielschichtiger und reichhaltiger, auch die Anforderungen an die strategischen Überlegungen der Wähler steigen. Dies gilt insbesondere für

solche Wähler, die an der Wahlurne nicht nur die Präferenz für eine Partei, sondern für eine Regierungskoalition zum Ausdruck bringen wollen. Die Auswahl einer bestimmten Regierung wird umso schwerer, je mehr Parteien kandidieren, je unsicherer es ist, ob der präferierte Koalitionspartner den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen wird, und je unübersichtlicher die Koalitionssituation vor Wahlen ist.

Diese Fragmentierung des Parteiensystems ist nicht zuletzt der schwindenden Bindungskraft der beiden Großparteien geschuldet. Im Zuge der Auflösung der sozialen Milieus fühlen sich viele Kernwähler nicht länger fest an ihre Partei gebunden und sind daher – zumindest prinzipiell – auch für neue Parteien rekrutierbar.

Parallel mit den Stimmengewinnen der kleinen Parteien steigt der Anteil der Nichtwähler. ☒ Beide Prozesse – Anstieg der Kleinen auf Kosten der Großen und Anstieg der Nichtwähler – setzten sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts pointiert fort. Mehr Parteien im Angebot führen nicht – wie man vermuten könnte – zu einer höheren Attraktivität des Parteiensystems, sondern zu rückläufiger Wahlbeteiligung. Außerdem zeigt sich zunehmend eine soziale Spreizung in der Wahlbeteiligung. Wählten um 1980 noch alle Bürger unabhängig von ihrem Bildungshintergrund, so klappt heute zwischen Menschen niedriger und hoher Bildung eine Kluft von bis zu 20 Prozentpunkten. Der Niedergang der Wahlbeteiligung betrifft fast ausschließlich Wähler mit geringem Bildungsstatus. Da die soziale Schere bei Jungwählern bis 29 Jahren noch sehr viel deutlicher zu erkennen ist als bei älteren



4 Bildungsabschluss und Nichtwähler. Die beiden Tabellen lassen erkennen, dass im Gegensatz zu früheren Jahren der Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsabschluss die Gruppe der Nichtwähler beherrscht – das trifft insbesondere auf den jüngeren Bürger zu. (Logistische Regression auf Basis des kumulierten ALLBUS 1980–2010)

☛ Auf den Punkt gebracht

- Der Wähler von heute ist Wechselwähler. Oft entscheiden die Bürger erst an der Wahlurne, welcher Partei sie ihre Stimme geben.
- Die massiven Veränderungen in der Medien- und Informationslandschaft machen es schwieriger, politische Signale einzuordnen. Das Angebot ist nicht nur komplexer, sondern auch politikferner geworden.
- Die guten Jahre der Volksparteien sind vorbei: Immer weniger Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich orientiert, damit schrumpft auch die Kernklientel der SPD. Ähnlich geht es der CDU/CSU, dort macht sich der Rückgang der aktiven Kirchgänger bemerkbar.
- Mit der schwindenden Bindungskraft der großen Parteien nimmt die Zahl neuer kleinerer Parteien zu, die sich nahe der Fünf-Prozent-Hürde bewegen – Ergebnis: die Fragmentierung des Parteiensystems.
- Mehr Parteien im Angebot führen nicht zu einer höheren Wahlbeteiligung. Gingen in den 1980er Jahren noch Bürger aller Schichten zur Wahl, sind es heute insbesondere die Wähler mit niedrigem Bildungsstatus, die zur stetig wachsenden Gruppe der Nichtwähler gehören.

Zur Person



Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher, 47, studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. 1992 promovierte sie am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz, Italien, die Habilitation folgte 2006 an der Universität Mannheim., 2000 bis 2006 war sie wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politik-

wissenschaft der Universität Mannheim und Projektleiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Seit 2007 ist Roßteutscher Professorin am Institut für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zu ihren Forschungsgebieten gehören: Soziales Kapital, Zivilgesellschaft, Partizipation, Wahlforschung, Werte und Einstellungen, Demokratieforschung, Politik und Religion. Einige ihrer wichtigsten Veröffentlichungen: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung, *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 45, 111–133 (2012). *Social Capital Worldwide: Potential for Democratization or Stabiliser of Authoritarian Rule?*, In: *American Behavioral Scientist* 53, 3: 737–757 (2010); *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie*. Eine international vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften, Baden-Baden: Nomos (2009); *Advocate or Reflection? Associations and Political Culture*, In: *Political Studies* 56, v2, 445–658 (2008).

rossteutscher@soz.uni-frankfurt.de

Wählern, spricht viel dafür, dass diese Ungleichheit ein bleibendes Merkmal des politischen Systems Deutschlands wird. ☒

Die Bundestagswahl 2013 hat die Wahlforschung zudem mit der Erkenntnis überrascht, dass auch Großparteien, deren kontinuierliches Schrumpfen den bisherigen Prozess kennzeichnete, massiv anwachsen können. Die gestiegenen Herausforderungen an strategisches Wahlverhalten im Kontext neuer Parteialternativen wie der AfD, über deren Abschneiden selbst Demoskopen nur spekulieren konnten, zeigt sich an der immens hohen Anzahl verschenkter Stimmen. Rechnet man auch die ebenfalls an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte FDP hinzu, so haben die »Sonstigen« mit über 15 Prozent bei der Bundestagswahl ein Rekordergebnis erzielt.

Bundestagswahlen im Vergleich: Die »German Longitudinal Election Study« (GLES)



Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert im Rahmen ihrer »Langfristförderung Geisteswissenschaften« die »German Longitudinal Election Study« (GLES). In diesem bislang umfassendsten Projekt der deutschen Wahlforschung werden als Datenbasis Querschnitts- und sowohl kurz- als auch langfristige Längsschnittumfragen eingesetzt und mit einem Kandidatensurvey, einer Analyse von TV-Duellen sowie Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung kombiniert. Bei den jüngsten Bundestagswahlen kulminierten Prozesse der gesellschaftlichen und politischen Veränderung. Das betrifft sowohl die Wähler als auch die Parteien und ihre Kandidaten sowie deren Wahlkampf-führung und nicht zuletzt die Massenmedien. Zusammen genommen haben sie zu einem beträchtlichen Anwachsen der Wählermobilität und Instabilität des elektoralen Prozesses geführt mit möglicherweise weitreichenden Konsequenzen für die repräsentative Demokratie in Deutschland. Mit Blick auf die Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 untersucht die GLES, wie die mobilere Wählerschaft auf die Herausforderungen dieser neuen, sehr komplexen Konstellation elektoraler Politik reagiert. Die in diesem Beitrag dargestellten Entwicklungen der Wählermobilität waren Motivation für diese wissenschaftliche Langfriststudie, die das Ziel hat, die kausalen Mechanismen und politischen Auswirkungen des Wählerverhaltens in Deutschland besser verstehen zu können.

Bisher liegen intensive Untersuchungen zur Bundestagswahl 2009 vor, die Daten zu 2013 werden derzeit für die Analyse aufbereitet, eine erste gemeinsame Veröffentlichung zu den Besonderheiten dieser Wahl erscheint im Sommer 2014. Die

Langfristperspektive wird dann vor allem nach der Bundestagswahl 2017, wenn Daten für drei aufeinanderfolgende Wahlen vorliegen, im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Analyse stehen.

Drei von insgesamt neun Studienkomponenten der GLES werden unter Leitung von Prof. Sigrid Roßteutscher an der Goethe-Universität Frankfurt realisiert. Die Deutsche Nationale Wahlstudie ist ein Kooperationsprojekt der Universitäten Frankfurt und Mannheim (Prof. Hans Rattinger, Prof. Rüdiger Schmitt-Beck) sowie des Wissenschaftszentrums Berlin (Prof. Bernhard Weißels) und der GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften (Prof. Christof Wolf). Hervorgegangen ist dieses Projekt ursprünglich aus einer Initiative der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW).

Als bislang ehrgeizigstes Forschungsprogramm der deutschen Wahlforschung generiert und analysiert das Projekt eine umfassende und integrierte Datenbasis. Es versteht sich als wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur hoch qualitativer Programme sozialwissenschaftlicher Datenerhebung in Deutschland. Alle Daten werden als öffentliches Gut behandelt und interessierten Sozialwissenschaftlern über die GESIS (<http://www.gesis.org/wahlen/gles/>) frei zugänglich gemacht. Langfristiges Ziel der GLES ist die dauerhafte Institutionalisierung einer wissenschaftlichen Wahlstudie, wie es in vielen Ländern bereits seit Langem Tradition ist. Außerdem will die GLES die Vernetzung und Förderung junger Wissenschaftler stärken; zu diesem Zweck wurde das »GLES Young Researcher's Network« eingerichtet.

Für weitergehende Informationen zur GLES besuchen Sie bitte die offizielle Webseite des Projekts.

Die Mobilität der Wähler: Von Wahl zu Wahl eine neue Entscheidung

Angesichts dieser vielfältigen und tief greifenden Veränderungen scheint es kaum verwunderlich, dass die Wähler mobil geworden sind. Die Wahl der »richtigen« Partei ist in der Tat schwieriger als noch vor wenigen Jahrzehnten. Der Wähler entscheidet vermehrt unter Unsicherheit und in zunehmender Komplexität. Immer weniger Wähler sind durch langfristige Loyalitäten an eine bestimmte Partei gebunden und müs-

sen daher von Wahl zu Wahl eine echte Entscheidung treffen. Kein Wunder, dass der Anteil der Wechselwähler, also der Wähler, die bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen für unterschiedliche Parteien stimmen, steigt. Ihr Anteil lag 1972 bei 14 Prozent und erreichte 2009 mit 35 Prozent einen bisherigen Höhepunkt (für 2013 liegen noch keine belastbaren Zahlen vor).

Alles ist somit schwerer kalkulierbar und eine Herausforderung für Parteien und Demoskopen gleichermaßen! Aber ist es aus demokratietheoretischer Sicht auch ein Problem? Kaum – auch die nicht allzu ferne Vergangenheit, als Wahlen kaum mehr als Zählappelle waren und Wähler loyal bei ihrer Partei verblieben, egal wie überzeugend ihre Politik oder ihre Spitzenpolitiker waren, entsprach nicht wirklich dem Idealbild vom politisch kompetenten und mündigen Bürger. Grund zur Sorge gibt allerdings der steigende Anteil an Nichtwählern. Wenn Komplexität und Unsicherheit Wahlabstinenz provozieren und diese Abstinenz vor allem bei weniger hoch Gebildeten und politisch nicht so versierten Schichten kumuliert, dann ist ein zentrales Versprechen der Demokratie – die Realisation politischer Gleichheit – nicht länger eingelöst. ♦

Anmerkungen und Literatur

Dieser Beitrag ist eine stark modifizierte und gekürzte Version eines Einleitungskapitels, das im Frühjahr 2014 bei VS Springer unter dem Titel *Bürger und Wähler im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland* erscheinen wird, herausgegeben von Sigrid Roßteutscher, Thorsten Faas und Ulrich Rosar.

Bisherige Publikationen mit Schwerpunkt zur Bundestagswahl 2009:

Weißels, Bernhard; Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid und Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.) *Voters on*

the Move or on the Run? Information-processing and Vote Choice in a Complex World, Oxford: Oxford University Press (erscheint im Frühjahr 2014).

Bytzek, Evelyn und Sigrid Roßteutscher (2011) (Hrsg.) *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen* Frankfurt/New York: Campus.

Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weißels, Bernhard u. a. (2011) *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009* Baden-Baden: Nomos.